

Neudruck

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keine Agro-Gentechnik in Brandenburg

Der Landtag stellt fest:

Verbraucherinnen und Verbraucher, Nahrungsmittelproduzierende und die große Mehrzahl an Landwirtinnen und Landwirten stehen der Nutzung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) kritisch gegenüber.

Die Agro-Gentechnologie ist eine Risikotechnologie, da bislang Gefahren für die menschliche Gesundheit sowie Natur und Landschaft nicht mit ausreichender Sicherheit ausgeschlossen werden können. Dies hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 24. November 2010 im Zuge des Normenkontrollantrags des Landes Sachsen-Anhalt bestätigt. Deshalb ist der Gesetzgeber berechtigt, wenn nicht sogar aufgefordert zum Schutz der hergebrachten gentechnikfreien Produktionsweise, der ökologischen Landwirtschaft und der Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Regelungen zu erlassen, die die natürlichen Lebensgrundlagen schützen.

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Brandenburger Landtag spricht sich bis zur abschließenden Klärung der mit dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen einhergehenden Risiken für einen Verzicht des Einsatzes von gentechnisch verändertem Saatgut, Pflanzen und Futtermittel in der Landwirtschaft aus.
2. Die Landesregierung strebt eine Aufnahme Brandenburgs in das "Europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen" an und unterstützt aktiv die Gründung von Gentechnik-freien Regionen.
3. Die Landesregierung setzt sich im Bundesrat für einen Beschluss ein, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, im Rahmen des bereits derzeit geltenden EU-Rechts das Gentechnik-Gesetz so zu novellieren, dass gentechnikfreien Regionen mehr Rechtssicherheit gewährt wird, um einen Anbauverzicht von gentechnisch veränderten Pflanzen in ihren Regionen zu garantieren.

4. Die Landesregierung unterstützt finanziell den Aufbau von Datenbanken, denen Landwirtinnen und Landwirte sowie Lebensmittelproduzierende Bezugsquellen für gentechnikfreie Futtermittel und Zusatzstoffe entnehmen können.
5. Die Landesregierung fördert die Erzeugung von einheimischen, eiweißhaltigen, gentechnikfreien Futtermitteln, um den Einsatz von gentechnisch veränderten importierten Futtermitteln, wie z.B. Soja, zu minimieren.
6. Die Landesregierung untersagt im Rahmen von Pachtverträgen über landeseigene land- und forstwirtschaftliche Flächen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen.
7. Die Landesregierung initiiert öffentliche Dialogveranstaltungen und Gespräche mit den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen, Anbauverbänden sowie der Agrarwirtschaft mit dem Ziel, gemeinsam einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln, um das unbeabsichtigte Vorhandensein von gentechnisch veränderten Pflanzen in anderen Produkten oder Saatgut zu verhindern.
8. Die Landesregierung trägt dafür Sorge, dass Wirtschaftsbetriebe, die Produkte mit dem Kennzeichen "ohne Gentechnik" herstellen, vor Verunreinigungen geschützt werden.
9. Die Landesregierung trägt dafür Sorge, dass die zuständigen Landesbehörden regelmäßige Kontrollen durchführen, um rechtzeitig Verunreinigungen bei Saatgut und Futter-/Lebensmitteln mit in der EU nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen feststellen zu können, so dass z.B. keine Aussaat von verunreinigtem Saatgut stattfindet. Sollte trotzdem Saatgut ausgesät werden, muss die Landesregierung dafür Sorge tragen, dass dieses nicht aufwächst, sondern zeitnah vernichtet wird.
10. Die Landesregierung setzt sich im Bundesrat entsprechend des im April 2010 von der Agrarministerkonferenz verfassten Beschlusses dafür ein, dass die Bundesregierung Schutzregeln erarbeitet, um die Vermischung der gentechnisch veränderten Kartoffel Amflora mit konventionellen Kartoffeln und Einträge in die Futtermittel- und Lebensmittelkette zuverlässig zu vermeiden.
11. Die Landesregierung setzt sich im Bundesrat für einen Beschluss ein, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich für die Reinhaltung des Saatgutes vor gentechnischer Verunreinigung sowie für einen Kennzeichnungsschwellenwert ab der Nachweisgrenze bei Saatgut einzusetzen.

Begründung:

Im aktuellen Brandenburger Koalitionsvertrag heißt es: "Die Koalition will den Brandenburger Spitzenplatz in der ökologischen Landwirtschaft ausbauen. Dazu wird die Verarbeitung ökologischer Produkte gezielt gefördert. Die Landesregierung unterstützt die Forschung zu Risiken und Chancen der modernen Gentechnik. Die Koexistenz beim Anbau, Saatgut und Futtermitteln muss gesichert werden. Gentechnikfreie Regionen in

Brandenburg werden unterstützt."

Aufgrund des in Brandenburg mit 10,5% deutschlandweit höchsten Flächenanteil an ökologischer Landwirtschaft, den großen ausbaufähigen Potentialen der ökologischen Landwirtschaft aufgrund der Nähe zu Berlin und einem dichten Netz von Schutzgebieten mit ca. 20% Flächenanteil ist zügiges Handeln erforderlich.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen